

Presseinformation

08/15

Kiel, 31. März 2010

Jannine Menger-Hamilton

Pressesprecherin

DIE LINKE Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 9 88 16 02

Telefax: 0431 / 9 88 16 18

Mobil: 0160 / 90 55 65 09

jannine.menger-
hamilton@linke.ltsh.de

www.linksfraktion-sh.de

DIE LINKE beschließt einheitliche Kleidung bei Landtagsitzungen

Kiel. DIE LINKE im Schleswig-Holsteinischen Landtag hat auf ihrer heutigen Fraktionssitzung beschlossen, zukünftig in einheitlicher Kleidung im Landtag aufzutreten. Nach einer kontroversen Debatte über den politischen Aspekt von Kleidung und Accessoires, wird der Beschluss nun zum 1.4. in Kraft treten. Das letztlich überzeugende Argument war die umfangreiche Berichterstattung über die Kleidung der linken Abgeordneten nach dem Einzug in den Landtag. Der Abgeordnete Björn Thoroë, mittlerweile modepolitischer Sprecher der Fraktion, hatte sich im roten Kapuzenpullover vom Landtagspräsidenten vereidigen lassen und damit eine breite Debatte über Bekleidungsgepflogenheiten im Landtag ausgelöst. „Die Debatte hat uns seinerzeit nicht gefallen, weil sie polemisch geführt wurde. Allerdings berührte sie den relevanten Aspekt des politischen Faktors von Kleidung“, so der Fraktionsvorsitzende Heinz-Werner Jezewski und die gleichstellungspolitische Sprecherin Ranka Prante.

DIE LINKE betont, dass sich die politische Überzeugung einer Person nicht nur in seinen politischen Einstellungen und Handlungen widerspiegeln müsse, sondern auch in ihrer äußeren Erscheinung. Der Beschluss bezieht sich sowohl auf die Farbe als auch auf die Art der Kleidung. Die weiblichen Abgeordneten werden zukünftig rote Oberteile und dunkelgraue Röcke oder Hosen tragen. Die männlichen werden rote Pullover oder Hemden tragen und ebenfalls dunkelgraue Hosen. „In den anderen Fraktionen gibt es ebenfalls so etwas wie einheitliche Kleidungsnormen“, erklärt Jezewski. „Die Männer tragen dunkle Anzüge, die Frauen ununterscheidbare Business-Outfits. Das ist im Prinzip nichts anderes als unsere Entscheidung für ein Einheitsoutfit.“ Eine Ausweitung der Kleidungs Vorschrift auf die MitarbeiterInnen oder die Ausdehnung des Beschlusses auf die plenumsfreie Zeit sei bislang nicht geplant. „Wir werden das mit unseren MitarbeiterInnen besprechen und ein konsensfähiges Verfahren finden“, kündigt Prante an. „Bislang haben wir noch alle Entscheidungen solidarisch und basisdemokratisch getroffen.“